

Staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend			7. Sitzungsprotokoll
18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2011 - 2015
Sitzungstag: 31.05.2012	Sitzungsbeginn: 15.05 Uhr	Sitzungsende: 15.55 Uhr	Sitzungsort: Senatorin für Finanzen, Rudolf-Hilferding-Platz 1, 28195 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anliegende Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Möhle (Sprecher der Deputation)			

Herr Möhle (Sprecher der Deputation) übernimmt den Vorsitz, da Frau Senatorin Stahmann an der Jugend- und Familienministerkonferenz in Hannover teilnimmt.

**Folgende Tagesordnung wird genehmigt:**

1. Protokoll über die Sitzung am 15.03.2012
2. Zwischenbericht zu den Ergebnissen des Runden Tisches Substitution  
(Vorlage Nr. 25/12)
3. Anpassung der Pflegesätze in der Kindertagespflege ab 01.08.2012  
(Vorlage Nr. 26/12)
4. Landesrichtlinie zur Regelung der finanziellen Leistungen in der Vollzeitpflege und der Bereitschafts-/Übergangspflege; Festsetzung der finanziellen Leistungen ab 01.07.2012  
(Vorlage Nr. 28/12)
5. Aufhebung der befristeten Gültigkeitsdauer der „Allgemeinen Verwaltungsvorschriften für das Verfahren zur Anerkennung von Betreuungsvereinen“ vom 19.04.2007  
(Vorlage Nr. 29/12)
6. Gesetz zur Änderung des Landespflegegeldgesetzes und zur Aufhebung der Verordnung über die Regelsätze in der Sozialhilfe  
(Vorlage Nr. 30/12)
7. Für ein Recht auf ein Girokonto für alle  
(Vorlage Nr. 27/12)
8. Verschiedenes

**TOP 1: Protokoll über die Sitzung am 15.03.2012**

**Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend genehmigt das Protokoll über die Sitzung am 15.03.2012.

**TOP 2: Zwischenbericht zu den Ergebnissen des Runden Tisches Substitution  
(Vorlage Nr. 25/12)**

Herr Staatsrat Frehe führt in die Vorlage ein.

Herr Adryan, Vorsitzender der Qualitätssicherungskommission der KV Bremen, stellt Aufgaben und Tätigkeiten des Runden Tisches Substitution vor.

Die Verwaltung ergänzt diese Ausführungen um weitere aus Sicht des Ressorts wichtige Punkte. Eine fortsetzende Berichterstattung wird in der kommenden Sitzung der Deputation am 05.07.12 erfolgen.

Frau Schmidtke (SPD) bittet um Auskunft zu einigen Ausführungen der Vorlage.

Herr Adryan geht auf diese Punkte ein und beantwortet die in diesem Zusammenhang gestellten Fragen.

Dr. Schlenker (Bündnis 90/Die Grünen) hebt die Notwendigkeit der Bildung und Einbindung von Netzwerken, an denen unter anderem auch Kindertagesstätten und Grundschulen beteiligt sind, hervor.

Herr Rohmeyer (CDU) erklärt, dass sich seine Fraktion an der Debatte gegenwärtig nicht beteiligen wird. Er erwartet für die Sitzung am 05.07.12 die Vorlage der für diesen Themenkomplex notwendigen Anleitungen und Anweisungen.

Herr Bartling (Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit) führt aus, dass das Gesundheitsressort die in der Vorlage dargestellten Ergebnisse im Wesentlichen teilt.

Er weist auf eine notwendige Änderung auf Seite 3, letzter Absatz, zu den Standards zur Take-Home Verordnung hin, die folgendes beinhaltet:

Die ~~neuen erweiterten~~ Standards zur Take-Home Verordnung, die ein Patient/Patientin erfüllen muss, beinhalten folgende Kriterien:

- o eigene Wohnung
- o keine Kinder im Haushalt (Ausnahme ist im begründeten Einzelfall bei Letztverantwortung des/der behandelnden Arztes/Ärztin nur möglich, wenn seitens der Kinder- und Jugendhilfe keine gewichtigen Anhaltspunkte einer Kindeswohlgefährdung vorliegen)
- o stabilisierendes soziales Umfeld
- o drogenfreie Beziehungen
- o geklärte Lebens- und Behandlungsperspektive
- o kein Beikonsum
- o Rückfälle sind durch medizinisch-therapeutische Maßnahmen begrenzt
- o Substitut-Abgabe kann nicht anders gewährleistet werden
- o die Take-Home Vergabe ist als EBM-Ziffer besonders zu kennzeichnen
- o Ist ein Ausstieg aus der Substitution als therapeutisches Ziel geplant, kann als Vorbereitung darauf eine Take-home-Vergabe auch dann erfolgen, wenn (noch) nicht alle Voraussetzungen erfüllt sind. In diesen Fällen ist eine Beendigung der Substitution innerhalb eines Jahres anzustreben. Die Voraussetzung „Keine Kinder im Haushalt“ ist hiervon ausgenommen und muss somit vorliegen. sollten nicht alle Voraussetzungen für eine Take Home Vergabe erfüllt sein, ist eine Suchtmittelfreiheit innerhalb eines Jahres anzustreben
- o eine Take-Home Wochenendvergabe ist entsprechend zu begründen und zu dokumentieren.

Herr Staatsrat Frehe kündigt für die kommende Sitzung der Deputation eine weitere Vorlage an, der auch die entsprechenden Anweisungen für die Verwaltung anliegen werden.

### **Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen zu den (Zwischen-) Ergebnissen des Runden Tisches Substitution zur Kenntnis.

Sie bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen um fortlaufende weitere Berichterstattung.

**TOP 3: Anpassung der Pflegesätze in der Kindertagespflege ab 01.08.2012  
(Vorlage Nr. 26/12)**

Herr Erlanson (Die Linke) kritisiert die nicht vollständige Umsetzung der Tarifverträge, da diese seiner Auffassung nach auch für „Nichtarbeitnehmer“ Anwendung finden sollten.

Gegen die Stimmen der Fraktion „Die Linke“ fasst die Deputation folgenden

**Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend stimmt der Anpassung der Pflegeplätze in der Kindertagespflege ab dem 01.08.2012 in Umsetzung seines Beschlusses vom 27.11.2008 zu.

**TOP 4: Landesrichtlinie zur Regelung der finanziellen Leistungen in der Vollzeitpflege und der Bereitschafts-/Übergangspflege; Festsetzung der finanziellen Leistungen ab 01.07.2012 (Vorlage Nr. 28/12)**

**Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Bericht der Verwaltung zur Anpassung der monatlichen Pauschalbeträge und zur Anpassung der Landesrichtlinie an die gesetzlichen Vorgaben zur Kenntnis.

**TOP 5: Aufhebung der befristeten Gültigkeitsdauer der „Allgemeinen Verwaltungsvorschriften für das Verfahren zur Anerkennung von Betreuungsvereinen“ vom 19.04.2007 (Vorlage Nr. 29/12)**

**Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt die Vorlage der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen zur Entfristung der Gültigkeitsdauer der „Allgemeinen Verwaltungsvorschriften für das Verfahren zur Anerkennung von Betreuungsvereinen“ zur Kenntnis.

Sie bittet die Verwaltung, die notwendigen Schritte zur Entfristung der Verwaltungsvorschrift zu veranlassen.

**TOP 6: Gesetz zur Änderung des Landespflegegeldgesetzes und zur Aufhebung der Verordnung über die Regelsätze in der Sozialhilfe (Vorlage Nr. 30/12)**

Herr Staatsrat Frehe weist auf den vorliegenden überarbeiteten Beschlussvorschlag (2. Fassung) hin.

Die Deputation fasst dementsprechend folgenden

**Beschluss**

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den in der Anlage enthaltenen Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Landespflegegeldgesetzes und zur Aufhebung der Verordnung über die Regelsätze in der Sozialhilfe – **vorbehaltlich der in der Sitzung dargestellten Änderungen im Gesetzentwurf** - zur Kenntnis. **Der Gesetzentwurf wird in der veränderten Fassung am 4. Juni 2012 im schriftlichen Umlaufverfahren kurzfristig abgestimmt.**

Sie bittet die Verwaltung, den **abgestimmten** Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Landespflegegeldgesetzes und zur Aufhebung der Verordnung über die Regelsätze in der Sozialhilfe dem Senat mit der Bitte vorzulegen, dieses Änderungsgesetz der Bremischen Bürgerschaft (Land) zur Beschlussfassung zuzuleiten.

**TOP 7: Für ein Recht auf ein Girokonto für alle (Vorlage Nr. 27/12)**

Herr Rohmeyer (CDU) erklärt, dass seine Fraktion die Beschlussempfehlung, dem Antrag der Fraktion Die Linke zuzustimmen, ablehnen wird.

Gegen die Stimmen der Fraktion der CDU fasst die Deputation folgenden

**Beschluss**

1. Die staatliche Deputation Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Bericht der Ressorts Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie Soziales, Kinder, Jugend und Frauen zum Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 18.01.2012 (Drucksache 18/205) „Für ein Recht auf ein Girokonto für alle“ zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend empfiehlt der Bürgerschaft, dem Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 18.01.2012 (Drucksache 18/205) „Für ein Recht auf ein Girokonto für alle“ zuzustimmen.

**TOP 8: Verschiedenes**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

---

Vorsitzender

---

Sprecherin

---

Protokollführerin